

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Landeshauptstadt Kiel.** Neuausschreibung von Beratungsleistungen.  
Die Landeshauptstadt Kiel benötigt für das PPP-Pilotprojekt "Berufliche Schulen" externe Dienstleistungen im wirtschaftlich / finanziellen, technischen und juristischen Bereich.  
Ihre erste Beraterausschreibung vom Februar 2007 (vgl. *PPP-Newsletter 5/2007 vom 09.03.2007*) hat sie jetzt annulliert und die Leistungen neu ausgeschrieben. Die Neuausschreibung beinhaltet im Unterschied zur vorhergehenden Bekanntmachung vor allem die Möglichkeit, sich auch auf einzelne Lose bewerben zu können (und nicht mehr nur im Rahmen einer Bietergemeinschaft auf alle Lose).  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.  
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15.5.2007.  
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 90608-2007.

### Vorinformationen

- **Stadt Nürnberg.** Schulen.  
Die Stadt Nürnberg beabsichtigt, die Sanierung und/oder den Neubau von drei Schulgebäuden und einer Turnhalle einschließlich des Betriebes und der Finanzierung der Vorhaben im Rahmen eines PPP-Modells durchzuführen. Geschätzter Wert der Bauleistungen ohne MwSt.: 36 - 40 Mio. Euro.  
Voraussichtlicher Beginn des Vergabeverfahrens: 2.5.2007.  
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 88911-2007.
- **Bundeswehr.** Betrieb einer Offiziersschule.  
Neben den PPP-Projekten "Fürst-Wrede-Kaserne München" (im Vergabeverfahren) und "Kurmainz-Kaserne Mainz" (in Vorbereitung) wird jetzt auch geplant, den Betrieb der Offiziersschule des Heeres (OSH) in Dresden für 10 Jahre auszuschreiben. Ziel ist es, Effizienzpotenziale bei der Bewirtschaftung von Bundeswehrimmobilien zu erschließen.  
Das Projekt OSH Dresden begann im August 2006. Die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens ist für das erste Halbjahr 2007 vorgesehen. Nach positiver Wirtschaftlichkeitsberechnung soll die Ausschreibung und Vergabe in der zweiten Jahreshälfte 2007 erfolgen.  
**Quelle:** [http://www.gebb.de/Projekte/Immobilien/Planen\\_Bauen\\_Betrieb.html](http://www.gebb.de/Projekte/Immobilien/Planen_Bauen_Betrieb.html).

### Zuschlagserteilungen

- **Schottland.** Schulen.
  - **Bilfinger Berger** wird in der Grafschaft Clackmannanshire drei neue Schulen planen, finanzieren, bauen und über 25 Jahre betreiben. Das Investitionsvolumen beträgt 140 Mio. Euro.  
Quelle: Pressemitteilung Bilfinger Berger vom 16.04.2007 (<http://www.bilfinger.de/>)
  - **BAM PPP** ist in der Grafschaft West Dunbartonshire bevorzugter Bieter für ein Schulprojekt, das Planung, Bau, Finanzierung und Facility Management von sechs Schulen im Gesamtwert von 175 Mio. Euro umfasst. Financial Close soll im Herbst 2007 sein. BAM PPP hat damit in Großbritannien neun PPP-Schulprojekte mit 35 Schulen im Portfolio.  
Quelle: Pressemitteilung der Royal BAM vom 17.04.2007 (<http://www.bam.nl/>)
- **Serbien.** Autobahn.  
Das österreichisch-spanische Konsortium **Alpine Mayreder Bau GmbH / FCC Construcción S.A.** hat in Serbien den Auftrag zu Bau und Betrieb der Autobahn Horgos - Pozega erhalten. Der Auftragswert liegt bei 1,1 Mrd. Euro, die Konzessionslaufzeit beträgt 25 Jahre.  
Quelle: Pressemitteilung Alpine vom 02.04.2007 (<http://www.alpine.at/>)
- **Kreis Düren.** Schulen.  
Im *PPP-Newsletter 6/2007 vom 23.03.2007* hatten wir über den Zuschlag an die **Hermann Kirchner Projektgesellschaft mbH** berichtet. Anlässlich der Vertragsunterzeichnung am 18.04.2007 in Düren finden Sie unter <http://www.kirchner.de/> eine Pressemitteilung mit weiteren Details zum Projekt.

## Veröffentlichungen

- **PPP-Task Force NRW.** Neue Leitfäden.
  - **Anleitung zur Prüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von PPP-Projekten im öffentlichen Hochbau.** Diese Broschüre soll den kommunalen Aufsichtsbehörden in NRW Unterstützung bei der Prüfung von PPP-Projekten geben, aber auch den Kommunen und den privaten Partnern helfen, die Planung und Durchführung von Projekten zu vereinfachen.
  - **PPP und Neues Kommunales Finanzmanagement.** Anspruch dieses Leitfadens ist es, eine Hilfestellung zur Lösung der vielfältigen Fragen an der Schnittstelle von PPP und NKF (kommunale Doppik) zu geben.
  - **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei PPP-Projekten.** Dieser Leitfaden formuliert Empfehlungen für die Prüfung und Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei PPP-Projekten und soll durch die einheitliche Handhabung den Vergleich von PPP-Projekten mit der traditionellen Eigenrealisierung verbessern.

Er wurde von der Finanzministerkonferenz der Länder unter Federführung von NRW erstellt und erstmals im September 2006 veröffentlicht (vgl. *PPP-Newsletter 17/2006 vom 22.09.2006*). Hier erscheint er nun in der Schriftenreihe und der "CI" der PPP-Task Force NRW.

Die Broschüren stehen auf der Website der PPP-Task Force NRW unter <http://www.ppp.nrw.de/> in der Rubrik "Publikationen" zum Download zur Verfügung.
- **Hessisches Sozialministerium.** Gutachten zu PPP in der Krankenhausfinanzierung.

Das Thema "PPP im Krankensektor" steht derzeit ganz oben auf der Agenda der PPP-Task Forces NRW und des Bundes. Auch das Hessische Sozialministerium hat sich der Problematik angenommen und ein **"Gutachten zur Bewertung von öffentlich-privaten Partnerschaftsmodellen in der Krankenhausfinanzierung"** bei PricewaterhouseCoopers (PwC) in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten liegt nunmehr vor und steht auf den Internetseiten des Sozialministeriums unter [http://www.sozialministerium.hessen.de/irj/HSM\\_Internet?cid=53d91fbb1deb98e4abf8fd82a655d9d1](http://www.sozialministerium.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=53d91fbb1deb98e4abf8fd82a655d9d1) (unter der Rubrik Downloads; Titel: Gutachten-KH-Finanzierung-070320) zum Download bereit.
- **Bund.** PPP Erfahrungsbericht.

Wie schon im letzten PPP-Newsletter vom 05.04.2007 berichtet, hat Bundesverkehrsminister Tiefensee hat am 04.04.2007 dem Bundeskabinett einen **"PPP-Erfahrungsbericht"** vorgelegt. Ursprünglich war nur die Pressemitteilung verfügbar. Nunmehr kann auch der Bericht eingesehen werden: [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_991061/Erfahrungsbericht-zu-Oeffentlich-Privaten-Partnerschaften.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_991061/Erfahrungsbericht-zu-Oeffentlich-Privaten-Partnerschaften.pdf)

## Veranstaltungen

- **TU Bergakademie Freiberg / PSPC GmbH.** 7. EU-Symposium.

Am 9./10. Mai 2007 veranstalten die TU Bergakademie Freiberg und die PSPC GmbH in Berlin das 7. EU-Symposium mit dem Themenschwerpunkt **"PPP und Finanzierungsinstrumente - Perspektiven für Länder, Kommunen, Bauwirtschaft und Banken"**.  
Programm und Anmeldeformular unter <http://www.psp-consult.de/>
- **Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.** Workshop.

Am 22.05.2007, 10:00 Uhr - 17:00 Uhr, veranstaltet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in Berlin einen Workshop zum Thema **"Verfügbarkeitsmodelle im Straßenbau - Privatwirtschaftliche Lösungen jenseits der Pkw-Maut"**.  
Eine Einladung mit dem Programmablauf finden Sie unter <http://www.ppp-plattform.de/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
<http://www.BWI-Bau.de>  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Münster, Beschluss vom 30. März 2007 - VK 4/07**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2317>

### **Begründungspflicht bei Verzicht auf Gewichtung der Zuschlagskriterien**

Die Vergabestelle schrieb Planungsleistungen nach VOF aus. Als Zuschlagskriterien nannte sie das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf insgesamt fünf Kriterien, und zwar in der Reihenfolge ihrer Priorität: 1. Nachweis über die erfolgreiche Abwicklung vergleichbarer komplexer Aufgaben (auch unter Verwendung von Referenzaukünften), 2. Honorar (inkl. aller Nebenkosten), 3. Fachliche Qualifikation des vorgesehenen Personals, insbesondere des vorgesehenen Projektleiters, 4. Qualität und besondere Erfahrungen bei Umbauten und mit denkmalgeschützter Bausubstanz, 5. Örtliche Präsenz. In der Einladung an die ausgesuchten Bewerber wiederholte sie die in der Bekanntmachung genannten Zuschlagskriterien und wies erneut auf die Rangfolge hin. Die Vergabestelle legte weder im Vergabevermerk noch in der Vergabeakte sachlich nachvollziehbar dar, warum sie die Zuschlagskriterien in der absteigenden Reihenfolge ihrer Bedeutung bewertet hatte. Gegen die beabsichtigte Auftragserteilung an die Beigeladene reichte die Antragsstellerin einen Nachprüfungsantrag ein.

Die Vergabekammer gab dem Nachprüfungsantrag wegen eines Verstoßes gegen § 16 Abs. 2 VOF statt. Die Vergabestelle hätte alle Auftragskriterien entweder in der Aufgabenbeschreibung oder in der Vergabebekanntmachung oder in der Aufforderung zur Teilnahme an der Verhandlung anzugeben. Dabei seien die einzelnen Kriterien zu gewichten. Könne nach Ansicht der Vergabestelle die Gewichtung aus nachvollziehbaren Gründen nicht angegeben werden, so müsse der Auftraggeber die Kriterien in der absteigenden Reihenfolge ihrer Bedeutung angeben und hierfür eine nachvollziehbare Begründung den Bietern mitteilen. Vorliegend habe sich die Vergabestelle nur auf die Angabe der Reihenfolge gestützt. Diese könnte aber keine Gewichtung ersetzen, was sich bereits aus dem Wortlaut ergebe. Die Angabe der absteigenden Reihenfolge sei – wie sich aus § 16 Abs. 2 Satz 4 VOF ergebe – aber nur eine Ausnahme, die nur in Betracht komme, wenn objektiv die Gewichtung aus nachvollziehbaren Gründen nicht angegeben werden könne. Berufe sich die Vergabestelle auf diese Ausnahme, so müsse sie diese den Bietern auch mitteilen; allein ein interner Vermerk in den Akten reiche dafür nicht. Denn der Grundsatz der Transparenz werde nur gewahrt, wenn alle sachdienlichen Informationen den Bietern rechtzeitig vor Abgabe der Angebote mitgeteilt würden.

§ 16 Abs. 2 VOF entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 25a Nr. 1 VOL/A bzw. der Regelung in § 53 Abs. 2 Richtlinie 2004/18EG (für Bauvergaben), so dass die von der VK Münster aufgestellten Grundsätze auch hier gelten. Dabei spiegeln diese Vorschriften nur einen Trend wieder, der sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet hat. So haben u. a. der EuGH (Urteil vom 12.12.2002 - Rs. C-470/99) und das OLG Düsseldorf (Beschluss vom 16.02.2005 - Verg 74/04) die Pflicht zur Bekanntgabe der Gewichtungskriterien statuiert.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

